

25.04.

Bayern beschließt Aufhängen von Kreuzen in Behörden

München (epd). Ab dem 1. Juni soll im Eingangsbereich aller bayerischen Dienstgebäude ein Kreuz hängen. Ministerpräsident Markus Söder sagte am Dienstag in der Kabinettsitzung laut Mitteilung der Staatskanzlei: "Das Kreuz ist grundlegendes Symbol unserer bayerischen Identität und Lebensart." Es stehe für elementare Werte wie Nächstenliebe, Menschenwürde und Toleranz." Im Anschluss an die Kabinettsitzung brachte Söder ein Kreuz im Eingangsbereich der Staatskanzlei an.

Für seine Beschluss änderte der Ministerrat die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats. Im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes im Freistaat sei als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Bayern und Deutschland anzubringen. Die Verpflichtung gelte ab 1. Juni. Gemeinden, Landkreisen und Bezirken werde empfohlen, entsprechend zu verfahren, heißt es in der Mitteilung. (00/1373/24.04.2018)

epd lbm cr as

26.04.

**Bedford-Strohm: Religion lässt sich nicht ins Private verbannen
Kirchenvertreter begrüßen Kreuz-Pflicht in Behörden, warnen aber vor politischem Missbrauch**

Von Christiane Ried und Daniel Staffen-Quandt (epd)

München (epd). Mehrere Kirchenvertreter haben die beschlossene Kreuz-Pflicht in den Eingangsbereichen bayerischer Staatsbehörden begrüßt. Der bayerische evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm sagte am Mittwoch dem Evangelischen Pressedienst (epd), dass er sich freue, wenn auch in der Öffentlichkeit Kreuze sichtbar seien. "Religion lässt sich nicht in die Privatsphäre verbannen." Zugleich warnten die Kirchen- und Religionsvertreter aber davor, das Kreuz für politische Zwecke zu missbrauchen.

"Es ist genau das Kreuz, dass es immer wieder notwendig macht, die Politik kritisch zu hinterfragen, wenn es um die Überwindung von Armut, den Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik oder die Überwindung von Krieg und Gewalt geht", betonte Bedford-Strohm, der auch Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist. Kreuze seien eine Art öffentlicher Selbstverpflichtung auf das, was den Inhalt des Kreuzes ausmacht: Humanität, Nächstenliebe, Menschenwürde.

Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hatte sich im Bayerischen Rundfunk (BR) kritisch geäußert. Er habe "im Prinzip nichts gegen Kreuze in Dienstgebäuden", sagte er. Man müsse sich aber schon die Frage stellen, welchen Sinn sie eigentlich haben sollten.

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick begrüßte im Bayern2-Interview, die Entscheidung des Kabinetts zwar grundsätzlich. Für ihn komme es aber auf die Deutung des Kreuzes an: "Alle Menschen, die das Kreuz anschauen, verpflichten sich, das zu leben und voranzubringen, was das Kreuz bedeutet." Das Kreuz wolle etwa "alle Unterschiede zwischen Arm und Reich" überwinden.

Der katholische Hochschulpfarrer Burkhard Hose aus Würzburg sieht den Beschluss der bayerischen Staatsregierung deutlich kritischer. Noch am Dienstag hatte er einen offenen Brief an Ministerpräsident Markus Söder (CSU) geschrieben. Er empfinde es "zunehmend als eine Provokation und Heuchelei, wie Sie über das Christentum öffentlich reden". Das Christentum werde von Söder "dazu missbraucht, um die Ausgrenzung von Menschen anderen Glaubens zu betreiben". Das Kreuz taue nicht als verlängerter Arm einer Politik der

Ausgrenzung, schreibt Hose in seinem Brief: "Beenden Sie den Missbrauch des Christlichen und seiner Symbole als vermeintliches Bollwerk gegen den Islam."

Der Kirchenrechtler Hans Michael Heinig hält die bayerische Anordnung zum Aufhängen von Kreuzen in allen Landesbehörden für problematisch. Evident verfassungswidrig sei die Entscheidung des Kabinetts nicht, sagte der Göttinger Experte für Staatskirchenrecht dem Evangelischen Pressedienst (epd). Sie berühre aber die Verpflichtung des Staates zur religiös-weltanschaulichen Neutralität und stelle daher "einen heiklen Grenzfall" dar, argumentierte der Universitätsprofessor. Zudem sieht der Verfassungsrechtler einen Versuch, eine Religion zu vereinnahmen. Religionspolitisch wäre zu fragen, "ob dort nicht ein Glaubenssymbol auf problematische Weise politisch instrumentalisiert wird", sagte Heinig. Das bayerische Kabinett hatte in seiner Sitzung am Dienstag die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes im Freistaat sei ab dem 1. Juni als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Bayern und Deutschland anzubringen. Gemeinden, Landkreisen und Bezirken werde empfohlen, entsprechend zu verfahren. (00/1381/25.04.2018)
epd lbm dsq/cr

Kirchenrechtler hält Kreuz-Pflicht in Bayern für "heiklen Grenzfall"

Göttingen (epd). Der Kirchenrechtler Hans Michael Heinig hält die bayerische Anordnung zum Aufhängen von Kreuzen in allen Landesbehörden für problematisch. Evident verfassungswidrig sei die Entscheidung des Kabinetts von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) nicht, sagte der Göttinger Experte für Staatskirchenrecht dem Evangelischen Pressedienst (epd). Sie berühre aber die Verpflichtung des Staates zur religiös-weltanschaulichen Neutralität und stelle daher "einen heiklen Grenzfall" dar, argumentierte der Universitätsprofessor. Zudem sieht der Verfassungsrechtler einen Versuch, eine Religion zu vereinnahmen.

Religionspolitisch wäre zu fragen, "ob dort nicht ein Glaubenssymbol auf problematische Weise politisch instrumentalisiert wird", sagte Heinig. "Jedenfalls droht seine Banalisierung", warnte der Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Das Bundesverfassungsgericht habe in der Vergangenheit hervorgehoben, dass das Kreuz gerade nicht nur auf kulturelle Prägungen, sondern auf den Kern des christlichen Glaubens verweise und der Staat sich diese Dimension nicht zu eigen machen dürfe.

Der bayerische Ministerpräsident Söder hatte nach der Kabinettsitzung am Dienstag angekündigt, dass in allen Dienstgebäuden des Freistaats ab 1. Juni "deutlich wahrnehmbar" im Eingangsbereich ein Kreuz angebracht werden soll. Heinig sagte, das Bundesverfassungsgericht habe mehrfach entschieden, dass Bezüge des Staates auf die kulturgeschichtlichen Prägekräfte des Christentums statthaft seien. "Eine objektiv-rechtliche Grenze ist erreicht, wenn sich der Staat mit einer bestimmten Religion identifiziert", erklärte er weiter.

Das sei nach der zum Ausdruck gebrachten Intention in Bayern nicht der Fall, sagte der Jura-Professor. Das Kreuz in bayerischen Dienstgebäuden soll Söder zufolge ein "sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung" in Deutschland sein. Heinig gab aber zu bedenken, von Dritten könnte eine Identifikation des Staates mit dem Christentum wahrgenommen werden. (00/1378/25.04.2018)
epd lbm/bas dsq

Pfarrer gegen Söder: Kreuz-Pflicht ist Missbrauch des Christlichen

Würzburg (epd). Der katholische Würzburger Hochschulpfarrer Burkhard Hose hat Ministerpräsident Markus Söder (CSU) wegen der vom bayerischen Kabinett beschlossenen Kreuz-Pflicht im Eingangsbereich aller staatlichen Behörden ab dem 1. Juni scharf kritisiert. Söder sehe darin ein "klares Bekenntnis zu unserer bayerischen Identität und christlichen Werten", Hose einen Missbrauch des christlichen Symbols, wie er in einem Offenen Brief schreibt. Viele junge Christen in der Katholischen-Hochschulgemeinde, aber auch viele

Priester, Ordensleute und evangelische Pfarrer empfänden es "zunehmend als eine Provokation und Heuchelei, wie Sie über das Christentum öffentlich reden." Hose schreibt weiter: "In unserer Wahrnehmung wird das Christentum zunehmend von Ihnen dazu missbraucht, um die Ausgrenzung von Menschen anderen Glaubens zu betreiben." Diese Entwicklung bereite ihm und anderen große Sorgen. Das Kreuz taue "nicht als verlängerter Arm einer Politik der Ausgrenzung oder des nationalistischen Egoismus." Es lasse sich auch nicht auf Folklore reduzieren. Es erinnere an den Lebensweg Jesu, "dessen grenzenlose Liebe und dessen besondere Parteinahme für Ausgegrenzte ihn letztlich ans Kreuz brachten". Hose bittet Söder: "Beenden Sie den Missbrauch des Christlichen und seiner Symbole als vermeintliches Bollwerk gegen den Islam."

Der Hochschulpfarrer, der in den vergangenen Jahren als Fürsprecher für Flüchtlinge von sich reden machte, unter anderem auch Träger des Würzburger Friedenspreises und engagiert im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus ist, forderte Söder auf, "das Verbindende zwischen allen Menschen, die hier leben", zu stärken. Söder solle lieber wirklich christlich handeln und Christlichkeit praktizieren anstatt diese nur zu demonstrieren und in der Staatskanzlei ein Kreuz aufzuhängen. "Treten Sie in einen offenen Dialog darüber ein, worin die christlichen Werte bestehen, von denen Sie heute gesprochen haben, anstatt einseitig als Ministerpräsident das Christliche zu definieren."

Das bayerische Kabinett hatte in seiner Sitzung am Montag die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes im Freistaat sei als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Bayern und Deutschland anzubringen. Gemeinden, Landkreisen und Bezirken werde empfohlen, entsprechend zu verfahren. (01/1377/25.04.2018)

epd lbm dsq

Das Stichwort: Kreuze und Kruzifixe in öffentlichen Einrichtungen

München (epd). Das Kreuz ist das zentrale Symbol des Christentums. Kreuze und Kruzifixe, die im Unterschied zu einfachen Kreuzen auch den gekreuzigten Jesus zeigen, gehören nicht nur zur üblichen Ausstattung von Kirchen, sie hängen auch in vielen Privathaushalten und in manchen öffentlichen Einrichtungen - wo sie immer wieder zum Streitfall werden. Das gilt insbesondere für Schulen und Justizgebäude.

Das Aufhängen von Kruzifixen in deutschen Gerichten ist nicht einheitlich geregelt. Wenn das Kreuz im Gerichtssaal den religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen von Prozessbeteiligten entgegensteht, kann dies nach einem Urteil des Bundesverfassungsgericht von 1973 deren Recht auf Religionsfreiheit verletzen.

Prozessbeteiligte können verlangen, das Kreuz in Verhandlungen abzuhängen. Das Grundgesetz garantiert Glaubens- und Gewissensfreiheit in Artikel 4.

In Deutschland ist das Anbringen von Kreuzen in Klassenzimmern einzig in Bayern gesetzlich geregelt. Die Vorschrift, dass in den Volksschulen des Freistaats ein Wandkreuz aufzuhängen sei, sei jedoch verfassungswidrig, stellte das Bundesverfassungsgericht 1995 unter Verweis auf die Glaubensfreiheit fest. Die Eltern hätten auch das Recht zu einer weltanschaulich neutralen Kindererziehung. Daraufhin führte Bayern die Widerspruchslösung ein. Wenn sich Eltern am Kreuz stören, kann es in Einzelfällen abgenommen werden.

2011 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg in letzter Instanz, dass Kruzifixe in italienischen Schulen die Menschenrechte nicht verletzen und somit weiter hängen dürfen. Es stehe im Ermessen des Staates, wie sie ihren Erziehungsauftrag mit den Rechten der Eltern vereinbarten. Die Urteile des Straßburger Gerichts beziehen sich zwar zunächst auf den Einzelfall - doch die Länder des Europarats haben sich verpflichtet, sie als Auslegungshilfe zu respektieren. (00/1394/25.04.2018)

epd bas/lbm jul fu

27.04

Kirchliche Jugendverbände fordern Rücknahme von Kreuz-Beschluss

München (epd). Die beiden kirchlichen Jugendverbände haben mit scharfen Worten auf die von der bayerischen Staatsregierung verhängte Kreuz-Pflicht für Landesbehörden reagiert. Als junge Christen seien sie "persönlich schockiert und betroffen", teilten der Bund der Deutschen Katholischen Jugend Bayern (BDKJ) und die Evangelische Jugend Bayern (EJB) am Donnerstag in München mit. Mit diesem Vorgehen werde das Ursymbol des Christentums "instrumentalisiert und als Ausgrenzungssymbol missbraucht", heißt es in einem offenen Brief an Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und sein ganzes Kabinett. Dabei stehe das Kreuz vielmehr als Heilsversprechen Gottes an alle Menschen. Die Verbände teilten weiter mit, dass das Kreuz für sie unmittelbar mit christlichen Werten und Überzeugungen wie Nächstenliebe, Toleranz, Vielfalt und Achtung der Menschenwürde verbunden sei. Wenn Söder das Kreuz nun als "grundlegendes Symbol bayerischer Identität und Lebensart" bezeichne, verstünden BDKJ und EJB dies "als theologische Entleerung" und Missachtung religiöser Sinnbedeutung und Identität: "Gegen Ihre politisch-nationale Vereinnahmung verwehren wir uns aufs Schärfste", heißt es in dem Schreiben. Die Verbände erwarten von den Mitgliedern der Staatsregierung, dass sie als Mitglieder einer christlichen Partei den "Beschluss kritisch prüfen und zurücknehmen". Die Landtags-Fraktion der Grünen wollte den Streit um Kreuze in bayerischen Behörden am Donnerstag im Plenum behandeln. Sie reichte einen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel "Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch CSU und Staatsregierung!" ein, wie die Fraktion mitteilte. Fraktionschefin Katharina Schulze fordert darin, die in der Bayerischen Verfassung garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit zu achten und bezeichnet den Beschluss zur Kreuzpflicht in den Landesbehörden als "Missbrauch christlicher Symbole zu Wahlkampfzwecken durch die CSU". Der Antrag soll am späten Nachmittag im Plenum behandelt werden. Das bayerische Kabinett hatte in seiner Sitzung am Dienstag die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude muss ab 1. Juni als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. Diese Anordnung der Staatsregierung von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat für Kritik von Juristen, Parteien und Kirchenvertretern gesorgt - es gab vereinzelt aber auch Zustimmung für den Beschluss. (01/1402/26.04.2018)
epd lbm dsq

Söders Kreuz-Pflicht sorgt weiter für Wirbel Hitzige Landtagsdebatte - Kritik von kirchlicher Jugend Von Daniel Staffen-Quandt (epd)

München (epd). Der Streit um die von der bayerischen Staatsregierung angeordnete Kreuz-Pflicht in Eingangsbereichen von Landesbehörden ebbt nicht ab. Katholische und evangelische Jugendverbände forderten am Donnerstag den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) in einem gemeinsamen offenen Brief auf, den "Beschluss kritisch zu prüfen und zurückzunehmen". Bei einer Landtagsdebatte zum Thema lieferten sich Regierungspartei und Opposition einen harten Schlagabtausch. Der Tonfall war so giftig, dass Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) die Abgeordneten nach etlichen Zwischenrufen zur Mäßigung aufforderte.

CSU-Generalsekretär Markus Blume verteidigte in seiner Rede die vom Kabinett erlassene Kreuz-Pflicht in den bayerischen Landesbehörden. Er nannte den Grünen-Dringlichkeitsantrag "heuchlerisch". Es sei vielmehr beschämend, dass aus der "grünen Multikulti-Ecke" Empörung komme, wenn andere ein Kreuz aufhängten: "Zum aufkeimenden Antisemitismus kommt keine Empörung." Die Grünen wollten Bayern "zum religionsfreien Raum" machen. Die weltanschauliche Neutralitätspflicht des Staates dürfe aber nicht "mit einem sittlich ungebundenen Staat" verwechselt werden. Man führe "keinen Kulturkampf und keinen Kreuzzug".

Grünen-Fraktionsvorsitzende Schulze hatte zuvor der Staatsregierung von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) vorgeworfen, die Verordnung sei ein "kaltes Kalkül für mehr

Wählerstimmen". Das Kreuz sei das Symbol des gekreuzigten und wiederauferstandenen Christus und damit das zentrale Symbol des Christentums, sagte sie. Es stehe "für Hoffnung auf Erlösung, nicht für Hoffnung auf Mehrheiten". Die CSU verletze mit der Kreuz-Pflicht den "Geist der Verfassung". Sie forderte die Kirchen dazu auf: "Lassen sie es nicht zu, dass ihr Symbol für parteitaktische Zwecke missbraucht und zum Wandschmuck degradiert wird!" Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend Bayern (BDKJ) und die Evangelische Jugend Bayern (EJB) kritisierten in ihrem offenen Brief, dass mit der Kreuz-Pflicht das Ursymbol des Christentums "instrumentalisiert und als Ausgrenzungssymbol missbraucht" wird. Das Kreuz sei ein Heilsversprechen Gottes an alle Menschen und unmittelbar mit christlichen Werten wie etwa Nächstenliebe, Toleranz und Achtung der Menschenwürde verbunden. Wenn das Kreuz als "grundlegendes Symbol bayerischer Identität und Lebensart" bezeichnet werde, sei dies eine "theologische Entleerung" und Missachtung religiöser Identität. Darüber hinaus formiert sich auch unter den Studenten im Freistaat Widerstand. Der Studentische Sprecher der Universität Regensburg, Tarek Carls, startete eine Petition gegen die Anordnung des Kabinetts Söder auf dem Internetportal change.org. Bis Donnerstagmorgen gab es mehr als 22.000 Unterzeichner. "Der Beschluss, in jeder öffentlichen Institution Bayerns ein Kreuzifix aufhängen zu müssen, missachtet das Gebot der weltanschaulichen Neutralität des Staates", begründet Carls seine Petition. Insbesondere Universitäten seien in besonderer Weise Orte der Aufklärung und der Diversität, hieß es dort weiter.

Das bayerische Kabinett hatte in seiner Sitzung am Dienstag die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude muss ab 1. Juni als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. Diese Anordnung der Staatsregierung hat für Kritik von Juristen, Parteien und Kirchenvertretern gesorgt - es gab vereinzelt aber auch Zustimmung für den Beschluss. (00/1406/26.04.2018)
epd lbm dsq kub

30.04.

Auch Kardinal Marx gegen Söders Kreuz-Erlass Kritik an Beschluss der Staatsregierung reißt nicht ab

München (epd). Auch am Wochenende haben sich erneut Kritiker der bayerischen Kreuz-Pflicht zu Wort gemeldet. Neben FDP-Chef Christian Lindner, der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann und dem früheren westfälischen Präses Alfred Buß hat sich auch der Münchner Kardinal Reinhard Marx geäußert. Der Erzbischof von München und Freising sagte der "Süddeutschen Zeitung" (Sonntag), durch den Erlass der Staatsregierung von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) seien "Spaltung, Unruhe, Gegeneinander" entstanden: "Wenn das Kreuz nur als kulturelles Symbol gesehen wird, hat man es nicht verstanden."

Der Vorsitzende der katholischen Deutsche Bischofskonferenz sagte, in so einem Fall "würde das Kreuz im Namen des Staates enteignet." Es stehe dem Staat nicht zu, zu erklären, was das Kreuz bedeute. Das Kreuz könne man nicht haben ohne den Mann, der daran gehangen hat, sagte Marx: "Es ist ein Zeichen des Widerspruchs gegen Gewalt, Ungerechtigkeit, Sünde und Tod, aber kein Zeichen gegen andere Menschen." Kardinal Marx sagte weiter, die gesellschaftliche Debatte über das Kreuz sei wichtig. Dafür müsse man aber alle einbeziehen: Christen, Muslime, Juden und jene, die gar nicht gläubig sind. Die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Reformationsbotschafterin Margot Käßmann sagte, Luther sei es nicht darum gegangen, "ob in bayrischen Amtsstuben Kreuze hängen sollen". Die Kreuzestheologie "theologia crucis" behandle vielmehr das Gottesverständnis", sagte sie am Sonntag in Heidelberg. Mit einem Gottesdienst wurde dort an die Heidelberger Disputation vor 500 Jahren erinnert. Das Kreuz ist Der Alt-Bischofin zufolge ein Zeichen von "Ohnmacht, Leid und dem Schrei nach Barmherzigkeit". Sie fügte hinzu: "Das müsste auch der evangelische Christ Markus Söder wissen."

FDP-Chef Lindner warf Söder in der "Passauer Neuen Presse" eine "Profanisierung" des Kreuzes vor. Nachdem CSU-Generalsekretär Markus Blume die Kritiker der Kabinettsentscheidung, dass in allen bayerischen Behörden Kreuze hängen sollen, als Religionsfeinde bezeichnet habe, sagte Lindner: "Die Kritik kommt wie ein Bumerang zurück." Feinde der Religion seien nicht die Kritiker von Söder, Feind der Religion sei Söder selbst. Denn er habe "das Kreuz zu einem Symbol unserer Kultur unseres Staates erklärt, damit profanisiert und damit von seiner christlichen Bedeutung getrennt", erläuterte Lindner. Der westfälische Alt-Präses Alfred Buß sieht die Kreuz-Anordnung in Bayern ebenfalls skeptisch. "Wenn es in Bayern jetzt Pflicht werden soll, Kreuze in Amtsstuben zu hängen, tut Erinnerung not: Gottes Siege werden unten, ganz unten errungen, nicht in der Höhenluft von Macht und Einfluss", sagte Buß im "Wort zum Sonntag" am Samstag im Ersten. Das Kreuz symbolisiere das schiere Gegenteil "von Gesten der Dominanz und des 'Mia san mia'". Im Zeichen des Kreuzes gelte es, "Frieden zu stiften unter Widersachern, zu trösten, die da Leid tragen, und satt zu machen, die hungern und dürsten nach Gerechtigkeit". Die bayerische Staatsregierung hatte in ihrer Kabinettsitzung am vergangenen Dienstag (24. April) die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Demnach muss ab 1. Juni im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. Diese Anordnung der Staatsregierung hat für teils scharfe Kritik von verschiedenen Juristen, Parteien und Kirchenvertretern gesorgt - es gab vereinzelt aber auch Zustimmung für den Beschluss. (00/1441/29.04.2018)
epd lbm dsq

Nutzt Landtagspräsidentin Stamm ihre Amts-Autorität für die CSU? Opposition kritisiert Schreiben in Kreuz-Debatte an Hochschulpfarrer auf offiziellem Landtags-Briefpapier - Stamm weist Kritik zurück

Von Daniel Staffen-Quandt (epd)

München/Würzburg (epd). Seit knapp einer Woche wird der bayerische Kreuzfix-Streit in schriller Tonlage ausgetragen. Nun kommt ein weiterer Misston hinzu: Auslöser ist ein Schreiben der Landtagsabgeordneten Barbara Stamm (CSU) auf Briefpapier der Landtagspräsidentin. In dem geht sie den katholischen Würzburger Hochschulpfarrer wegen dessen Kritik an der Kreuz-Pflicht hart an und verteidigt die Linie ihrer Partei. Pikant ist auch: Der Brief hat über CSU-Verteiler die Runde gemacht. Oppositionspolitiker werfen der Landtagspräsidentin vor, die Autorität ihres Amtes für die Parteipolitik zu nutzen. Stamm wiederum sieht in dem Vorgang kein Problem, wie sie dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Wochenende mitteilte.

In dem formal höflich gehaltenen Brief kritisiert die Landtagspräsidentin Pfarrer Hose deutlich. Zum einen hielten sie und andere CSU-Politiker die Form eines "Offenen Briefes" für fragwürdig. Der Pfarrer hatte dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) am Dienstag zum Kreuz-Beschluss einen solchen geschickt. Auch für sein Engagement in der Flüchtlingsarbeit wird der Hochschulpfarrer indirekt kritisiert: "Auch kann das christliche Handeln nicht nur auf die Hilfe für Asylsuchende und Migranten heruntergebrochen werden." Zum Christentum in gelebter Tradition gehöre auch das Kreuz. "Wir unterstützen den Beschluss des Bayerischen Ministerrates", schreibt Stamm als Landtagspräsidentin. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Katarina Schulze, zeigte sich irritiert ob dieses Vorgehens: "Frau Stamm ist hier aus meiner Sicht bewusst als Grenzgängerin unterwegs." Denn im Schreiben betone sie ihr Handeln als CSU-Politikerin, im Briefkopf allerdings prange das Signet der Landtagspräsidentin. Das Problem sei, dass die Landtagspräsidentin "so die Autorität des Amtes" für CSU-Parteipolitik nutze. "Weshalb das Schreiben vergleichbar ist mit den ministeriell-repressiven Briefen von Frau Haderthauer an die berichtserstattenden Journalisten in der Affäre Mollath", betonte Fraktionsvorsitzende Schulze. Inhaltlich sei es absolut inakzeptabel, "engagierte Kirchenvertreter in den Senkel zu stellen". SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher verwahrte sich am Wochenende gegen das Vorgehen Stammans. "Frau Stamm spricht nicht für das Parlament, wenn sie

unbescholtene Pfarrer attackiert", sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd) auf Anfrage. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, "dass sie hierfür den Briefkopf des Landtagspräsidiums missbraucht", betonte der Politiker, der auch Mitglied der Landessynode der evangelischen Landeskirche ist: Nach der Instrumentalisierung des Kreuzes für parteipolitische Zwecke durch die CSU-Staatsregierung sei dies nun "der Missbrauch des Parlamentarismus für ein aggressives CSU-Manöver", sagte der SPD-Fraktionschef: "Das geht gar nicht!"

Hose hatte in seinem offenen Brief an Söder geschrieben, in seiner Wahrnehmung und derer vieler anderer Christen werde das Christentum "zunehmend von Ihnen dazu missbraucht, um die Ausgrenzung von Menschen anderen Glaubens zu betreiben". Diese Entwicklung bereite ihm und anderen große Sorgen. Das Kreuz taue "nicht als verlängerter Arm einer Politik der Ausgrenzung oder des nationalistischen Egoismus." Es erinnere an Jesu, "dessen grenzenlose Liebe und dessen besondere Parteinahme für Ausgegrenzte ihn letztlich ans Kreuz brachten". Hose bittet Söder in dem Brief: "Beenden Sie den Missbrauch des Christlichen und seiner Symbole als vermeintliches Bollwerk gegen den Islam."

Landtagspräsidentin Stamm verteidigte ihr Vorgehen am Sonntag. Der Brief - der auch am Sonntagmorgen noch über die CSU-Internetseite für jedermann als pdf-Datei abrufbar war - sei niemals zur Veröffentlichung gedacht gewesen. Es müsse ihr als Landtagspräsidentin gestattet sein, "mich zu grundsätzlichen Wertedebatten - wie dies eine ist- zu äußern und dies tue ich selbstverständlich auch in meinem Amt und dies sehr oft". In ihrem persönlichen Schreiben an Hose habe sie eine "offene, ehrliche und höfliche Debatte gesucht", ließ Stamm über den Landtag weiter mitteilen. Sie habe sich in dem persönlichen Brief an den Pfarrer "sogar bedankt, weil ich diese offene und ehrliche Debatte möchte".

Die bayerische Staatsregierung hatte in ihrer Kabinettsitzung am vergangenen Dienstag (24. April) die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Demnach muss ab 1. Juni im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. Diese Anordnung der Staatsregierung hat für teils scharfe Kritik von verschiedenen Juristen, Parteien und Kirchenvertretern gesorgt - es gab vereinzelt aber auch Zustimmung für den Beschluss. (00/1430/29.04.2018)

epd lbm dsq

Bundestag: Kritik an Kreuz-Pflicht

Berlin (epd). Die umstrittene bayerische Anordnung für Kreuze in Landesbehörden ist am Freitag auch zum Thema im Bundestag geworden. Bei einer Debatte über Religionsfreiheit weltweit kritisierten Vertreter von FDP, Grünen und Linken die Entscheidung des Kabinetts von Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Der Regierungschef verstaatliche Religion, sagte der kirchenpolitische Sprecher der FDP, Stefan Ruppert. "Er hat uns Christinnen und Christen einen Bärenienst erwiesen", sagte er.

Der Grünen-Politiker Kai Gehring sagte, Söder missachte mit der Anordnung die Neutralitätspflicht des Staates. Wer hierzulande das Christentum überhöhe, werde kaum glaubwürdig gegen Christenverfolgung in anderen Ländern angehen können, warnte Gehring. Thema der Plenardebatte war der Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit aus der vergangenen Wahlperiode, in dem beklagt wird, dass die Glaubensfreiheit in vielen Ländern nicht gewährleistet ist.

Das bayerische Kabinett hatte in dieser Woche entschieden, dass ab Juni im Eingangsbereich jeder Landesbehörde ein Kreuz als Ausdruck der kulturellen Prägung aufgehängt werden soll. Die Entscheidung erntete viel Kritik. (00/1410/27.04.2018)

epd bas/lbm co jup

Söder auf dem Podium: "Über die Frohe Botschaft diskutieren"

Nürnberg (epd). Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat auch bei einer Podiumsdiskussion in Nürnberg am Donnerstagabend zum Thema "Meine Heimat, deine Heimat, unsre Heimat?" die Kreuz-Pflicht in staatlichen Gebäuden verteidigt. Für ihn habe

das Kreuz nicht nur eine "tiefreligiöse Symbolik", sondern stehe auch für Werte wie "Toleranz, Menschenwürde und Respekt vor dem einzelnen Individuum", sagte er in der Evangelischen Stadtakademie. Die Regierung hatte am Dienstag angeordnet, in allen staatlichen Behörden im Freistaat Kruzifixe aufzuhängen.

Söder verwies auf eine christlich-abendländische Prägung und Humanismus, die auch durch das Kreuz symbolisiert würden. Man müsse sich trauen, über die "Frohe Botschaft und unsere Werteorientierung zu diskutieren", sagte der Ministerpräsident in seiner Heimatstadt. Er wolle aber nicht über "besseren oder schlechteren Glauben" diskutieren.

Einen unsicheren Umgang mit Heimat und Heimatgefühl leitete Söder aus Globalisierung, Digitalisierung und Veränderung der Berufswelt ab. Hinzu käme die Migrationsbewegung nach Deutschland, die neue Fragen um Werte, dem Verhältnis von Mann und Frau bis zur Frage nach dem Nachzugsrecht für Zweitfrauen aus manchen muslimischen Ländern aufwerfe.

Die Münchner Volkskundlerin und Ethnologin Simone Egger rief dazu auf, statt über das Kreuz in Behörden, darüber zu sprechen, warum "Kirchen gefährdet sind und Menschen immer seltener in den Gottesdienst gehen". Kirchen sollten ein Ort der Begegnung sein, stattdessen werde das Kreuz zu einer Art "Symbol eines Kreuzzuges", sagte sie.

Egger warnte, den Heimatbegriff für "Zugehörigkeit und Abgrenzung zu instrumentalisieren". Sie habe beobachtet, dass gerade junge Menschen spielerisch den Heimatbegriff ausprobierten, um zu erfahren, was "lokal sein und global leben" bedeute. Das habe funktioniert, bis rechte Gruppierungen das Thema für ihre eigenen Vorstellungen belegt hätten.

Der fränkische Kabarettist Bernd Regenauer kritisierte Söder, Heimat könne man nicht von staatlicher Seite, sondern nur individuell definieren. Für ihn entstehe Heimat durch Freunde, Kneipen und fränkisches Bier. Er beklagte, dass auch durch Söders bisheriger Politik die Heimat versiegelt, durch Straßen zerschnitten und durch Gewerbeparks zersiedelt werden. Der Saal der Stadtakademie war mit 150 Besuchern überfüllt. Die Diskussion war teils so kontrovers, dass sich Moderator Pfarrer Ekkehard Wohlleben, Leiter der Evangelischen Stadtakademie Nürnberg, einschaltete. Es sei für die Kirchen schwierig, wenn bei dem Kreuz-Streit "der Staat die Deutungshoheit" übernehme, sagte er. (00/1407/27.04.2018)
epd lbm ttj/jo as

EAK-Vorsitzender Christian Schmidt verteidigt Kreuz-Pflicht

Fürth (epd). Der Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU, der frühere Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, hat den umstrittenen Kreuz-Erlass der bayerischen Staatsregierung verteidigt. Mit der Entscheidung werde "ein positiver Bezug zum christlichen Wertegerüst hergestellt", sagte der Politiker am Freitag in Fürth. Das Kreuz sei ein Symbol für die Zuwendung Gottes zu den Menschen, auf der das christliche Menschenbild beruhe. "Die Entscheidung, dieses Symbol offen zu zeigen, grenzt niemanden aus", betonte Schmidt. Der Grundsatz der staatlichen Gleichbehandlung gegenüber allen Bürgern werde "in keiner Weise berührt."

Das bayerische Kabinett hatte Anfang der Woche die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude muss ab 1. Juni als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. (00/1418/27.04.2018)
epd lbm jo as

02.05.

Kardinal Marx kritisiert bayerische Kreuz-Pflicht

Bedford-Strohm: Entscheidend ist, Kreuz mit Leben zu füllen

München (epd). Die Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden wird weiter kontrovers diskutiert. Während der katholische Münchner Erzbischof Reinhard Marx den Erlass der

Staatsregierung kritisierte, weil er "Spaltung, Unruhe, Gegeneinander" geschaffen habe, äußerte sich der evangelische bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm zurückhaltend: Es gehe "natürlich nicht", das Kreuz auf ein Kultursymbol zu reduzieren. Den Vorwurf, das Christentum zu vereinnahmen, um die eigenen Ziele zu legitimieren, wolle er aber "niemandem konkret machen". Die theologisch konservative Deutsche Evangelische Allianz begrüßt die Kreuz-Pflicht.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Marx, sagte der "Süddeutschen Zeitung" (Montag): "Das Kreuz lässt sich nicht von oben verordnen." Wenn das Kreuz nur als kulturelles Symbol gesehen werde, habe man es nicht verstanden. "Dann würde das Kreuz im Namen des Staates enteignet." Das Kreuz könne man nicht haben ohne den Mann, der daran gehangen habe, führte Marx aus: "Es ist ein Zeichen des Widerspruchs gegen Gewalt, Ungerechtigkeit, Sünde und Tod, aber kein Zeichen gegen andere Menschen."

Das bayerische Kabinett unter Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte in der vergangenen Woche die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude muss ab 1. Juni als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden.

Die gesellschaftliche Debatte über das Kreuz ist nach Einschätzung von Kardinal Marx wichtig: "Was heißt es, in einem christlich geprägten Land zu leben?" Dafür müsse man aber alle einbeziehen: Christen, Muslime, Juden und jene, die gar nicht gläubig seien.

Der evangelische Theologe Bedford-Strohm sagte der "Nordwest-Zeitung" (Montag): "Ich freue mich natürlich immer, wenn das Kreuz, das für unseren Glauben steht, auch wirklich ernst genommen wird." Entscheidend sei, dass das Kreuz nicht nur an der Wand hänge, sondern auch inhaltlich mit Leben gefüllt werde. Ein Kreuz aufzuhängen, gehe mit Selbstverpflichtung auch im politischen Handeln einher. "Das heißt Feindesliebe, Einsatz für die Schwachen, universales Liebesgebot, also nicht die Benutzung des Kreuzes zur Abwehr gegen andere, sondern als Grundlage dafür, dass wir eine Verantwortung für alle Menschen haben", unterstrich der bayerische Landesbischof und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Das Kreuz sei "zuerst ein religiöses Symbol", betonte Bedford-Strohm. Am Sonntag hatte er auf Facebook geschrieben: "Wer sich jeden Tag für den Glauben engagiert, es aber falsch findet, das über eine staatliche Verordnung zu machen, ist deswegen sicher kein Selbstverleugner."

Die Deutsche Evangelische Allianz begrüßte unterdessen, dass sich der bayerische Ministerpräsident "den christlich-jüdischen Wurzeln unserer Gesellschaft verpflichtet weiß". Generalsekretär Hartmut Steeb sagte am Montag in Bad Blankenburg dem Evangelischen Pressedienst (epd): "Eine Instrumentalisierung des Kreuzes für politische und wahltaktische Ziele lehnen wir grundsätzlich ab, können diese in der Initiative von Markus Söder allerdings auch nicht erkennen." Die Deutsche Evangelische Allianz vertritt als Dachverband rund 1,3 Millionen evangelikal, pietistisch und charismatisch ausgerichtete Christen aus Landes- und Freikirchen. (00/1454/30.04.2018)

epd bas/lbm kfr/jul jup

Evangelische Allianz begrüßt Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden

Bad Blankenburg/München (epd). Die Deutsche Evangelische Allianz hat die künftige Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden positiv gewürdigt. Sie begrüße, dass sich Ministerpräsident Markus Söder (CSU) "den christlich-jüdischen Wurzeln unserer Gesellschaft verpflichtet weiß", sagte Hartmut Steeb, Generalsekretär der theologisch konservativen Allianz, am Montag in Bad Blankenburg dem Evangelischen Pressedienst (epd).

"Eine Instrumentalisierung des Kreuzes für politische und wahltaktische Ziele lehnen wir grundsätzlich ab, können diese in der Initiative von Markus Söder allerdings auch nicht erkennen", erklärte Steeb. Vielmehr freue man sich, "dass Markus Söder aus seinem christlichen Glauben, den er aus persönlicher Überzeugung lebt, keinen Hehl macht".

Das bayerische Kabinett hatte in der vergangenen Woche die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude muss ab 1. Juni als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden.

Die Deutsche Evangelische Allianz vertritt als Dachverband rund 1,3 Millionen evangelikal, pietistisch und charismatisch ausgerichtete Christen aus Landes- und Freikirchen.

(00/1453/30.04.2018)

epd bas/lbm jul jup

Bistum Essen: Kreuz nicht für Politik missbrauchen

Essen (epd). In der Debatte um die Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden hat das Bistum Essen davor gewarnt, das Kreuz für politische Zwecke zu missbrauchen. Es stelle sich die Frage, "ob das Kreuz in Bayern durch die geplante Initiative nicht zweckentfremdet und instrumentalisiert werden kann", sagte ein Sprecher von Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck der in Essen erscheinenden "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (Dienstag). Es sei zwar auf den ersten Blick erfreulich, wenn das Kreuz als zentrales Symbol des Christentums öffentlich wertgeschätzt werde. Allerdings nur, wenn es nicht für politische Zwecke missbraucht werde.

Wenn der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) betone, dass das Kreuz nicht das Symbol einer Religion, sondern ein "sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der rechts- und Gesellschaftsordnung Bayerns" sei, entspreche dies nicht der christlichen Sicht auf das Kreuz.

Der Essener Staatsrechtler Lothar Zechlin hält eine Verfassungsklage gegen den bayrischen Kabinettsbeschluss für möglich. Der Erlass verletze das Gebot weltanschaulicher und religiöser Neutralität des Staates, sagte Zechlin der Zeitung. Ein religiöses Symbol werde für politische Zwecke missbraucht. Damit greife der Regierungschef in das Selbstbestimmungsrecht der Kirche ein.

Das bayerische Kabinett unter Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte in der vergangenen Woche die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude muss ab 1. Juni als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. (1459/01.05.2018)

epd lbm/lwd sd

03.05.

Breit-Keßler: Kreuz soll auch in öffentlichen Räumen hängen

Ettal (epd). Kreuze sollten nach Überzeugung der Münchner Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler auch in "öffentlichen Räumen" hängen. Das Kreuz habe seinen Platz nämlich nicht nur im privaten Kämmerlein oder in Kirchenraum, sondern "gehöre hinaus in die Welt", betonte Breit-Keßler in ihrem Redemanuskript am Mittwoch bei einem Ökumenischen Gottesdienst zur Eröffnung der bayerischen Landesausstellung "Mythos Bayern" in der Ettaler Basilika.

Jenseits der aktuellen Diskussion über das Kreuz in staatlichen Behörden freue sie sich darüber, "wenn politische Verantwortliche sich bewusst unter das Kreuz stellen", sagte die evangelische Theologin, die auch Ständige Vertreterin des bayerischen Landesbischofs ist. Das Kreuz sei ein "inklusives Symbol", das alle Politiker an ihre eigene Fehlbarkeit, an ihre eigenen Grenzen und das Grundprinzip der Vergebung erinnere. Außerdem stehe das Kreuz dafür, dem Mitmenschen in allem Leid und Unrecht beizustehen, sagte Breit-Keßler.

(00/1463/02.05.2018)

epd lbm as dsq

Regensburger Bischof: Vom Kreuz geht Segen aus

Regensburg (epd). Der Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer hat Kreuze im öffentlichen Raum ausdrücklich begrüßt. "Vom Kreuz geht Segen aus und niemand muss vor ihm Angst haben", sagte er laut Mitteilung vom Mittwoch bereits am 1. Mai (Dienstag) in einem Gottesdienst auf dem oberpfälzischen Habsberg. Mit Blick auf die aktuelle Debatte um die Kreuzpflicht in bayerischen Behörden hob der Bischof hervor, dass es nicht darum gehe, "das Kreuz zu instrumentalisieren, sondern ihm in Ehrfurcht zu begegnen".

Voderholzer berief sich auf den Staatsrechtler und ehemaligen Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde, demzufolge das Kreuz für das "vor-staatliche Fundament" stehe, auf dem die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung aufgebaut sei. Ein solches Fundament könne kein Staat aus sich selbst heraus schaffen oder garantieren. Historisch und sachlich sei dieses Fundament der christliche Glaube. Voderholzer: "Die Bayerische Verfassung verweist mit Recht auf das Kreuz als Fundament für das öffentliche Zusammenleben in Freiheit, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit."

Die bayerische Staatsregierung hatte in ihrer Kabinettsitzung am 24. April die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Demnach muss ab 1. Juni im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. Diese Anordnung hat für teils scharfe Kritik von verschiedenen Juristen, Parteien und Kirchenvertretern gesorgt - es gab vereinzelt aber auch Zustimmung für den Beschluss. (01/1479/02.05.2018)

epd lbm gi dsq

Dreyer: Kreuzpflicht in bayerischen Behörden ist Wahlkampffolklore

Mainz/Karlsruhe (epd). Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) hat die Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden kritisiert. Ihr Amtskollege Markus Söder (CSU) versuche, ein religiöses Symbol politisch zu instrumentalisieren, sagte Dreyer den "Badischen Neuesten Nachrichten" in Karlsruhe (Mittwoch). Diese "Wahlkampffolklore" sei nicht zu akzeptieren, sagte die bekennende Katholikin, die auch Theologie studierte. Sie selbst würde kein Kreuz an die Wand ihrer Staatskanzlei in Mainz hängen, sagte Dreyer: "Natürlich bekennen wir uns in Deutschland zu unserem christlichen Glauben, aber es ist auch sehr wichtig, dass wir hier die Religionsfreiheit leben."

Die bayerische Staatsregierung hatte in ihrer Kabinettsitzung am 24. April die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Demnach muss ab 1. Juni im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. Diese Anordnung hat für teils scharfe Kritik von verschiedenen Juristen, Parteien und Kirchenvertretern gesorgt - es gab vereinzelt aber auch Zustimmung für den Beschluss. (01/1469/02.05.2018)

(01/1469/02.05.2018)

epd lbm/lmw dsq

Verfassungsrechtler: Kreuz-Pflicht in Bayern nicht verfassungswidrig

Hamburg/München (epd). Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio hält den Kreuz-Beschluss der bayerischen Landesregierung nicht für verfassungswidrig. "Von einer klaren Verfassungswidrigkeit des Söderschen 'Kreuzzugs' mit der verwaltungsinternen Vorschrift, im Eingangsbereich von Dienststellen des Landes ein Kreuz anzubringen", könne mit Blick auf die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts "keine Rede sein", heißt es einem Beitrag Di Fabios für die Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit".

Mit Urteil vom 18. März 2011 habe der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine staatlich auferlegte Pflicht zur Anbringung von Schulkreuzen mit dem Prinzip des säkularen Staates für vereinbar gehalten, erklärte Di Fabio. Der Gerichtshof sehe durchaus im Kreuz vor allem anderen ein religiöses Symbol und nicht lediglich ein kulturelles Zeichen eigener Herkunft und Identität. Und dennoch sei es "keinem Staat versagt, das religiöse Zeichen für

sich als Symbol eigener Herkunft und Identität zu nutzen, solange daraus keine weltanschauliche oder religiöse Indoktrination werde", fügte der Jurist hinzu.

"Wer genau hinschaut, wird sehen, dass viele Menschen islamischen Glaubens und auch manche Atheisten ihre Kinder gerne in konfessionelle Kindertagesstätten oder Schulen schicken", schrieb Di Fabio weiter. Manche muslimische Familie fürchte "eine 'gottlose' Gesellschaft mehr als jede konkurrierende Religion". "Diese Familien geben ihre Kinder lieber in eine evangelische oder katholische Einrichtung, selbst wenn dort mit dem fremden Kreuzzeichen gebetet werden muss", erklärte er. "Vielleicht ist für sie ein Kreuz beim Betreten einer öffentlichen Behörde eher Beruhigung denn Provokation."

Das bayerische Kabinett hatte in der vergangenen Woche die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude muss ab 1. Juni als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. (00/1485/02.05.2018)
epd bas/lbm cez mih

Umfrage: Mehrheit der Bayern befürwortet Kreuz-Erlass

München (epd). Die Mehrheit der Bayern befürwortet einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Bayerischen Rundfunks (BR) zufolge den Kreuz-Erlass des Kabinetts von Ministerpräsident Markus Söder (CSU). 56 Prozent der Wahlberechtigten sind demnach dafür, 38 Prozent lehnen das Vorhaben ab.

Große Unterschiede gibt es zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien. Während 77 Prozent der AfD-Wähler, 71 Prozent der CSU-Wähler und 56 Prozent der Freien-Wähler-Anhänger den Kreuz-Erlass begrüßen, sind noch 52 Prozent der SPD-Wähler dafür, aber 67 Prozent der FDP-Wähler sowie 74 Prozent der Grünen-Wähler dagegen.

Wäre am kommenden Sonntag in Bayern bereits Landtagswahlen, wäre die CSU der Umfrage zufolge weiter ohne absolute Mehrheit. Die Partei kommt demnach auf 41 Prozent der Stimmen, ein Plus von einem Punkt gegenüber der Januar-Umfrage. Zweitstärkste Partei mit 14 Prozent würden die Grünen, SPD und AfD wären mit zwölf Prozent gleich stark, die Freien Wähler kämen auf sieben, die FDP auf sechs Prozent.

Wäre die repräsentativen Umfrage das tatsächliche Wahlergebnis wären zum ersten Mal seit 1946 sechs Parteien im Maximilianeum vertreten. Die CSU müsste sich demnach einen Koalitionspartner suchen.

Für die Umfrage im Auftrag des BR-Politikmagazins "Kontrovers" wurden vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap zwischen dem 22. und 27. April 1.002 Wahlberechtigte in Bayern befragt. Die Frage zum Kreuz-Erlass wurde erst nach dem Kabinettsbeschluss in die laufende Umfrage mit aufgenommen und 612 Wahlberechtigten gestellt.

Die bayerische Staatsregierung hatte in ihrer Kabinettsitzung am 24. April die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Demnach muss ab 1. Juni im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. Diese Anordnung sorgt seither für teils scharfe Kritik von verschiedenen Seiten - es gab aber auch Zustimmung für den Beschluss. (00/1483/02.05.2018)

epd lbm dsq mu-

04.05.

EAK-Vorsitzender Schmidt: Schiefelage in der Kreuz-Debatte

epd-Gespräch: Achim Schmid

München (epd). Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU, Christian Schmidt, sieht in der Debatte um das Kreuz in den bayerischen Dienstgebäuden eine deutliche Schiefelage. Die Kritik aus den Kirchen gegen die Anweisung des bayerischen

Ministerpräsidenten Markus Söder sei nicht nachvollziehbar, sagte der frühere Bundeslandwirtschaftsminister dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Donnerstag. Die ablehnende Haltung aus Kirchenkreisen sei inkonsequent, betonte Schmidt. Denn es sei ein wichtiges und übliches Verfahren, dass Amtsgebäude, wie Finanzämter, Polizeistationen oder Feuerwachen, bei ihrer Eröffnung von Geistlichen gesegnet werden. Es sei deshalb völlig unverständlich, dass zwar eine christliche Segnung des Gebäudes, aber nicht das Kreuz im Eingangsbereich möglich sein soll.

Schmidt verwies darauf, dass das Kreuz über den religiösen Bezug hinaus auch ein allgemeines kulturelles Symbol des christlichen Wertekanons sei. Das werde allein schon durch die Aufnahme des Kreuzes in die Nationalflaggen mehrerer Staaten, wie etwa der Schweiz oder England, und bei sozialen Organisationen wie dem "Roten Kreuz" deutlich. Entschieden wies der CSU-Politiker den Vorwurf zurück, das Kreuz in Amtsgebäuden werde von seiner Partei für den anstehenden Landtags-Wahlkampf instrumentalisiert. Bereits vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten habe Markus Söder aus grundsätzlichen Erwägungen die übergreifende kulturelle Bedeutung des Kreuzes hervorgehoben.

(01/1486/03.05.2018)

epd lbm as dsq

Regensburger Theologen plädieren für Kreuze in öffentlichen Räumen

Regensburg (epd). Der Regensburger evangelische Regionalbischof Hans-Martin Weiss und der Regensburger katholische Bischof Rudolf Voderholzer begrüßen die Kreuzpflicht in bayerischen Behörden. Das Kreuz erinnere daran, dass die freiheitlich-demokratische Gesellschaft auf Fundamenten aufgebaut sei, "die sie nicht selbst garantieren kann", teilten die beiden Theologen in einer ökumenischen Stellungnahme am Donnerstag mit.

Zwar sei das Kreuz in der Vergangenheit auch politisch und militärisch missbraucht worden, und auch die Menschenrechte seien vor 200 Jahren zum Teil gegen die Kirchen geltend gemacht worden. Dennoch hätten die Menschenrechte "einen religiösen, jüdisch-christlichen Hintergrund", erklärten die beiden Regensburger Theologen und beriefen sich dabei auf den Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde.

Das Kreuz Christi stehe für Versöhnung, für die Achtung der Würde jedes Einzelnen, besonders der Schwachen und Hilfsbedürftigen. Das öffentlich angebrachte Kreuz ist der beiden Theologen zufolge deshalb nicht nur zumutbar, "sondern auch hilfreich, auch für jene, die diesen Glauben nicht teilen", heißt es in dem Schreiben weiter. Es sichere die Neutralität des Staates im Sinne der Religionsfreiheit. "Wer sich auf das Kreuz beruft und unter das Kreuz stellt, wird sich auch an seinem Anspruch messen lassen." (00/1503/03.05.2018)

epd lbm gi mu-

07.05.

SU-Generalsekretär Blume findet Kreuz-Debatte "zunächst einmal gut"

München (epd). CSU-Generalsekretär Markus Blume schlägt im Kreuz-Streit moderatere Töne an. Er finde es "zunächst einmal gut", dass die Debatte überhaupt stattgefunden habe, sagte der CSU-Landtagsabgeordnete am Freitag im Video-Interview auf Sonntagsblatt.de. Er begrüße es aber natürlich, dass die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung es gut findet, "dass das Kreuz aufgehängt und nicht abgehängt wird". In einer repräsentativen Umfrage des Bayerischen Rundfunks (BR) hatten sich 56 Prozent der Bayern für den Kreuz-Erlass der Staatsregierung ausgesprochen.

Markus Blume verwahrte sich gegen Aussagen, die CSU betreibe mit dem Kreuz-Erlass Wahlkampf. "Ich finde, wir sollten in dieser Debatte nicht mit Unterstellungen arbeiten", sagte er. Wenn man sich anschau, was in den vergangenen Tagen passiert sei, habe ja "nicht das Kreuz gespalten, sondern die Debatte darüber hat begonnen die Gesellschaft zu spalten". Der Politiker forderte in dem zweiminütigen Interview, die Kreuz-Erlass-Kritiker sollten "den anderen" - in diesem Fall also der CSU und der Staatsregierung - "keine schlechte Motivation unterstellen".

Der CSU-Generalsekretär sagte, dass "Staat und Kirchen" eine große Gemeinschaftsaufgabe vor sich haben: Nämlich, sich zu versichern, was "eigentlich wirklich die Grundlagen des Zusammenlebens, die kulturellen Grundlagen, die Wertegrundlagen sind - in einer Zeit, wo vieles nicht mehr selbstverständlich ist". Darüber sollte man "miteinander reden und am besten auch gemeinsam einen Weg nach vorne aufzeigen", sagte Blume weiter. Für ihn persönlich sei das Kreuz nicht nur ein Zeichen des Glaubens, sondern auch ein Bekenntnis zur hiesigen "Wertebasis".

Die bayerische Staatsregierung hatte in ihrer Kabinettsitzung am 24. April die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats geändert. Demnach muss ab 1. Juni im Eingangsbereich aller staatlichen Behörden als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich sichtbar ein Kreuz als Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. Der Erlass sorgt seither für teils scharfe Kritik von verschiedenen Seiten - es gab aber auch Zustimmung für den Beschluss. (01/1507/04.05.2018)

epd lbm dsq as

Regionalbischöfin: Christlicher Glaube ist nicht Privatsache

Pegnitz (epd). Die Bayreuther Regionalbischöfin Dorothea Greiner begrüßt Kreuze im Eingangsbereich staatlicher Gebäude. Christen dürften aber durchaus auch unterschiedlicher Überzeugung sein darüber, ob es weise gewesen sei, das Aufhängen zu verordnen, sagte sie am Sonntag in Pegnitz laut ihrem vorab zur Verfügung gestellten Predigttext. Christlicher Glaube sei nicht Privatsache, sondern öffentlich und wolle die Welt gestalten, indem er Liebe und Hoffnung hineintrage für alle Menschen.

Sie sagte, dass das Kreuz in christlichem Verständnis das Symbol sei für Freiheit, Erlösung, wachsende Liebe und nie endende Hoffnung. Es sei jedoch nötig, sensibel zu sein in Bezug auf den Umgang damit: "Wir schreien zu Recht auf, wenn es missbraucht wird bei Pegida-Demonstrationen."

Das Kreuz als christliches Grundsymbol sei "kein exkludierendes, sondern ein integrierendes, alle Menschen willkommen heißendes Symbol". Sich zum Kreuz zu bekennen, habe konkrete Folgen, etwa in der Flüchtlingspolitik. "Liebe zum Gekreuzigten und gefühlsmäßige Abwehr von Andersgläubigen schließen einander aus", sagte die Theologin.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet und im europäischen Raum bestehe die größere Gegenwartsgefahr nicht in der Vereinnahmung des Kreuzes für politische Zwecke, sondern in der Verdrängung des christlichen Glaubens. "Wir können uns daher über alle Politiker freuen aus allen demokratischen Parteien, die zum christlichen Glauben und zum Kreuz aus Überzeugung stehen", sagte die Regionalbischöfin. (00/1518/06.05.2018)

epd lbm mu-

08.05.

Steinmeier sieht Kreuz-Pflicht in Bayern skeptisch

Berlin (epd). Die Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden stößt bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf Skepsis. "Was uns sonntags in der Kirche fehlt, das wird das Kreuz in den Behörden eigentlich nicht ersetzen können", sagte der evangelische Christ Steinmeier am Sonntagabend im "Bericht aus Berlin" des ARD-Hauptstadtstudios.

Steinmeier betonte, er sei nicht Schiedsrichter über die Entscheidungen, die in Bayern getroffen worden sind. Es gebe aber ein paar verfassungsrechtliche Maßstäbe, die man zu Hilfe nehmen könne, sagte der promovierte Jurist unter Verweis auf das Bundesverfassungsgericht. Dieses habe schon 1995 entschieden, dass das Kreuz den Wesenskern des Christentums symbolisiere. Es sei nach den Worten von Kardinal Reinhard Marx nicht vom Staat, sondern von der Kirche zu füllen.

Das bayerische Kabinett unter Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte im April die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Bundeslandes geändert. Im Eingangsbereich aller staatlichen Dienstgebäude muss ab 1. Juni als Ausdruck der "geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns" deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als

sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung angebracht werden. Die Kreuz-Pflicht sorgte für eine kontroverse Debatte. (00/1523/07.05.2018)
epd lbm/bas dsq

Bedford-Strohm: Kreuz stellt weltliche Werte infrage

Frankfurt a.M. (epd). Aus Sicht des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, darf das Kreuz als christliches Symbol nicht vom Staat okkupiert werden. Es könne "nicht auf ein Zeichen einer erfolgreichen Kultur- und Beheimatungsleistung reduziert werden, sondern ist mindestens genauso das Zeichen einer zum Nachdenken bringenden Infragestellung aller weltlichen Werte," schreibt der bayerische Landesbischof Bedford-Strohm in einem Beitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (Montag).

In der Debatte um eine Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden verzichtete der oberste Repräsentant der deutschen Protestanten indes erneut auf eine direkte Kritik am Beschluss der Staatsregierung Ministerpräsident Markus Söder (CSU) habe nach seiner Aussage, wonach das Kreuz nicht Zeichen einer Religion sei, reagiert und erklärt, dass es in allererster Linie ein religiöses Symbol sei, aber auch zu den Grundfesten des Staates gehöre. "Dass das Kreuz zuallererst eine religiöse Bedeutung hat, darüber scheint jetzt Konsens zu bestehen. Nur indem dies auch wirklich ernst genommen wird, kann es ja überhaupt eine öffentliche Bedeutung geben", so Bedford-Strohm.

Die aktuelle Identitätsdebatte sollte auch als kritische Anfrage an die Kirchen verstanden werden, schreibt der EKD-Ratsvorsitzende. Sie hätten die Aufgabe, den Sinn des Kreuzes öffentlich zu machen.

Wenn das Kreuz in öffentlichen Gebäuden hängt, sollte es aus Bedford-Strohms Sicht an das Geheimnis der Erlösung durch Jesus Christus erinnern. Dazu zählten "die im Glauben gewonnene Freiheit, dem Nächsten zu dienen", und Humanität. Das Kreuz lehre eine "kulturelle Demut, die von den Irrwegen der eigenen Kultur weiß und daraus die Konsequenzen zieht".

Im Eingangsbereich aller bayerischen Dienstgebäude soll ab dem 1. Juni ein Kreuz hängen. "Das Kreuz ist grundlegendes Symbol unserer bayerischen Identität und Lebensart", begründete Regierungschef Söder den Kabinettsbeschluss im April und brachte unmittelbar im Anschluss in der Staatskanzlei in München ein Kreuz an. (01/1525/07.05.2018)
epd lbm/bas dsq

09.05.

CSU-Generalsekretär: Kreuz ist verbindende Klammer

epd-Gespräch: Roland Gertz und Achim Schmid

München (epd). Der CSU-Generalsekretär Markus Blume hat den Kreuz-Beschluss der bayerischen Staatsregierung verteidigt. Werte wie Toleranz und Nächstenliebe würden in einem christlich geprägten Land durch das Kreuz als "verbindende Klammer des gemeinsamen Zusammenlebens" verkörpert, sagte Blume in einem epd-Gespräch. Ein Staat brauche derartige ethisch-moralische Bindungen, die zusammen mit den Werten der Aufklärung und des Humanismus "zentrale Fundamente" des Grundgesetzes und der bayerischen Verfassung geworden seien.

Nach der Gewaltherrschaft der Nazi-Diktatur sei das Grundgesetz als "ein Bollwerk gegen einen im schlimmsten Ausmaße übergreifigen Staat" geschaffen worden, sagte der CSU-Politiker. Deshalb hätten die Väter des Grundgesetzes auch ganz bewusst den Gottesbezug festgeschrieben. Der Staat könne kein Interesse daran haben, dass verbindende Werte zur Privatsache erklärt werden. Es werfe deshalb ein "sehr seltsames Licht auf den kulturellen Zustand unseres Landes, dass Mut für das Kreuz nötig ist".

Es habe ihn erschüttert, dass in der kontroversen Debatte das Kreuz als Zeichen der Ausgrenzung oder der nationalen Vereinnahmung gewertet worden sei, sagte Blume. Zu den befürchteten Spaltungstendenzen in der Gesellschaft hätten nicht der Kreuz-Beschluss,

sondern die Art der Debatte geführt. Statt vermittelnder Gespräche gebe es häufig Schwarz-Weiß-Denken und Lust auf Empörung. Außerdem sieht Blume einen "krassen Gegensatz" zwischen der veröffentlichten Meinung und der tatsächlichen Lebensrealität: "Nach meinen Informationen hängen praktisch in allen 120.000 bayerischen Klassenzimmern ganz selbstverständlich Kreuze".

Auch der Vorwurf, die CSU hänge zwar Kreuze auf, betreibe aber eine unchristliche Flüchtlingspolitik, greift für Blume zu kurz. Denn Flüchtlingspolitik aus christlicher Verantwortung sei "genau der Dreiklang der CSU aus Humanität, Begrenzung und Integration". Bei weltlichen Fragen könne es auch aus christlicher Sicht mehrere Antworten geben und nicht eine einzige ethisch-moralisch vertretbare Haltung. Die Flüchtlingspolitik dürfe deshalb nicht nur durch eine unbegrenzte Willkommenskultur bestimmt werden, sondern auch durch Grenzen der Integrationsfähigkeit und die Bedingungen für Integration, sagte der CSU-Generalsekretär. (01/1548/08.05.2018)
epd lbm as bbi

"Die Gesellschaft ist auf ein gemeinsames Wertefundament angewiesen"
CSU-Generalsekretär Blume zum Kreuz-Beschluss der bayerischen Staatsregierung
epd-Gespräch: Roland Gertz und Achim Schmid

München (epd). Das Kreuz gehört für den CSU-Generalsekretär Markus Blume zum Wertefundament und verkörpere den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft. In einem epd-Gespräch beschreibt er, dass es seiner Überzeugung nach kein Zeichen der Ausgrenzung ist, und warum die Väter des Grundgesetzes bewusst den Gottesbegriff in die Verfassung aufgenommen haben.

epd: Bisher sind Sie als besonnener, moderater Politiker in Erscheinung getreten. In der Debatte um das Kreuz in Dienstgebäuden äußerten Sie sich jedoch sehr pointiert. Hat Sie die neue Rolle als CSU-Generalsekretär verändert?

Blume: Ich werde so bleiben wie ich bin. Man hat auch in der Politik nur Erfolg, wenn man authentisch ist. Allerdings sehe ich es schon als meine Aufgabe, mit deutlichen und kraftvollen Aussagen für Positionen einzutreten, von denen ich zutiefst überzeugt bin.

epd: Ist aber Ihre Einschätzung, die Kritiker des Beschlusses der Staatsregierung seien "Selbstverleugner" und "Religionsfeinde" nicht doch etwas überzogen?

Blume: Da muss man den Kontext sehen. Ich habe auf den aus meiner Sicht anmaßenden und unangebrachten Vorwurf reagiert, die CSU und der Ministerpräsident würden das Kreuz zur Folklore und aus wahltaktischen Motiven missbrauchen. Da erschien mir eine - zugegeben harte - Antwort notwendig, auch weil die Kritik zunächst aus dem Kreise der üblichen Verdächtigen kam, die mit Religion häufig auf Kriegsfuß stehen und schon mal die Abschaffung des Religionsunterrichts fordern.

epd: Die Mehrheit der Bayern ist für den Beschluss, es kam aber zum Teil scharfe Kritik aus kirchlichen Kreisen und Organisationen, wie den Jugendverbänden.

Blume: 56 Prozent der Bayern sind für das Kreuz, das ist eine klare Botschaft. Umso mehr haben mich einzelne Aussagen der Kritiker überrascht und sind auch nicht spurlos an mir vorüber gegangen. Mich hat geradezu erschüttert, dass in dieser Debatte das Kreuz als Zeichen der Ausgrenzung oder als Symbol der nationalen Vereinnahmung gewertet wurde. Das ist ja völlig abwegig! Sehr positiv empfinde ich dagegen, dass endlich eine Debatte in Gang gekommen ist. Wir haben es ja schon fast verlernt, eine inhaltliche Debatte zu führen. Lieber wird der Lust auf Empörung und Missverständnis gefrönt.

Statt vermittelnder Gespräche gibt es häufig Schwarz-Weiß-Denken und selektives Hören. Ich sage ganz deutlich: Zu den befürchteten Spaltungstendenzen in der Gesellschaft hat nicht unser Beschluss geführt, sondern die Art der Debatte. Dabei sollten wir ernst nehmen, dass die kulturelle Verunsicherung in unserem Land so groß ist wie nie zuvor.

epd: Warum sind Sie trotz der scharfen Debatte und der Kritik bei Ihrem Beschluss geblieben?

Blume: Weil er richtig ist. Und weil wir neben der Kritik vor allem eine große Anzahl zustimmender Reaktionen bekommen haben. Menschen wollen für mich beten oder haben mir für den Mut gratuliert, dass wir uns für das Kreuz einsetzen. Es wirft schon ein sehr

seltames Licht auf den kulturellen Zustand unseres Landes, dass Mut für das Kreuz nötig ist. Im Übrigen hat sich die CSU seit jeher für das "C" stark gemacht. Denn zur Gründungsgeschichte dieser Partei gehört ganz wesentlich die Erfahrung aus dem Dritten Reich, wohin eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Rückbeziehung auf Gott, ohne eine christliche Wertefundierung führt. Die zwingende politische Orientierung am christlichen Menschenbild, für die übrigens die späteren Gründungsväter der CSU ins KZ gegangen waren, zieht sich deshalb durch alle Parteiprogramme seit 1946.

epd: Der Kreuz-Beschluss zielt aber über die CSU hinaus in eine breite Öffentlichkeit.

Blume: Und das ist genau das zentrale Anliegen dieses Beschlusses. Die Gesellschaft ist für ihren inneren Zusammenhalt auf ein gemeinsames Wertefundament angewiesen. Werte wie Toleranz und Nächstenliebe werden in einem christlich geprägten Land durch das Kreuz als verbindende Klammer des gemeinsamen Zusammenlebens verkörpert. Ein Staat braucht solche ethisch-moralische Bindungen, die übrigens - zusammen mit den Früchten der Aufklärung und des Humanismus - zentrale Fundamente des Grundgesetzes und der bayerischen Verfassung geworden sind. Unser Anliegen ist es, diese Wurzeln wieder freizulegen, damit eine zunehmend verunsicherte Gesellschaft wieder zu einer Selbstvergewisserung kommt. Der Staat kann kein Interesse daran haben, dass verbindende Werte zur Privatsache erklärt werden.

epd: Wenn es allgemein üblich ist, dass Polizeistationen, Feuerwachen oder Finanzämter mit dem kirchlichen Segen eingeweiht werden, wäre es doch nur folgerichtig, dass dann auch ein Kreuz in diesen Räumen hängt. Warum löst gerade das derart viele Emotionen aus?

Blume: Eine Ursache dafür ist wohl der seit vielen Jahren laufende Säkularisierungsprozess und damit einhergehend eine zunehmende religiöse Entfremdung. Das Religiöse wird in die Privatsphäre abgedrängt, deshalb führt dann jede öffentliche Diskussion zu einer emotionalen Aufruhr. Aber wir sollten bei der ganzen Aufregung doch auch die Kirche im Dorf lassen. Denn es gibt einen krassen Gegensatz zwischen der veröffentlichten Meinung und der tatsächlichen Lebensrealität. Nach meinen Informationen hängen in praktisch allen 120.000 bayerischen Klassenzimmern ganz selbstverständlich Kreuze.

epd: Haben Sie selbst eine emotionale Beziehung zum Kreuz?

Blume: Ja, davon handelt auch mein Konfirmationsspruch: "Das Wort vom Kreuz ist eine Torheit denen, die verloren werden, uns aber, die wir selig werden, ist es eine Gotteskraft". Dieses Bibelwort hat für mich eine große Bedeutung, weshalb ich mit ihm auch die Landtagsdebatte zum Kreuz-Beschluss eröffnet hatte. Meinen Glauben habe ich übrigens nie als ausgrenzend wahrgenommen, ganz im Gegenteil: Das Kreuz ist eben auch ein positives Bekenntnis zur Grundordnung unseres Landes, die alle Bürger verbindet - egal ob sie religiös sind oder nicht.

epd: Sehen Sie die Kirchen als zu schwach für eine am Kreuz ausgerichtete Werteorientierung? Werden Sie deshalb aktiv?

Blume: Nein, so sehe ich es nicht. Denn die Aufgaben sind doch genau verteilt: Die Religionsausübung ist und bleibt die Sache der Kirchen. Die Aufgabe des Staates ist es allerdings, die Wertegrundlage der gesamten Gesellschaft zu formulieren und zu schützen. Der Staat muss sich der Grundlage versichern, auf der er ruht.

epd: Steht das aber nicht im Widerspruch zur Neutralitätsverpflichtung des Staates? Warum reicht es nicht, dass das Grundgesetz in den Amtsgebäuden hängt?

Blume: Ein Blick in die Historie zeigt, dass das Grundgesetz nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bewusst als ein Bollwerk gegen einen im schlimmsten Ausmaße übergreifigen Staat geschaffen wurde. Deshalb haben die Väter des Grundgesetzes auch ganz bewusst den Gottesbezug festgeschrieben. Was das Grundgesetz dagegen nicht im Detail festlegt, sind die Wertfragen und kulturellen Praktiken des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu ein Beispiel: Die klare Haltung gegen Antisemitismus ist nicht im Grundgesetz festgelegt, gehört aber zweifelsfrei zu unserer kulturellen Grundordnung.

epd: Wie werten Sie den neu aufkommenden Antisemitismus in Deutschland?

Blume: Zu dem bei uns schon viel zu lange grassierenden Antisemitismus ist eine neue Judenfeindlichkeit gekommen, die aus den Gesellschaften und Kulturen stammt, in denen Antisemitismus leider zum Alltag gehört. Klar ist: Egal woher Antisemitismus kommt und auf

was er zurückzuführen ist: Wir dürfen in unserem Einsatz gegen Antisemitismus auch nicht einen Millimeter wackeln - sei es im Pausenhof von Schulen, auf der Straße oder sonst wo.
epd: Wie kann man dem Antisemitismus im Rahmen der Integration von muslimischen Migranten begegnen?

Blume: Die klare Haltung gegen Antisemitismus müssen wir auch den Menschen vermitteln, die als Flüchtlinge aus einem ganz anderen Kulturkreis zu uns kommen. Und da schließt sich wieder der Kreis zur Wertefrage: Toleranz gegenüber anderen Religionen und Lebensentwürfen gehört für uns zu den Wertegrundlagen. Deshalb ist klar, dass der Richtungspfeil für Integration hin zu unserer allgemeinen Leitkultur weisen muss. Denn eine Gesellschaft darf sich in ihrem Kernbereich nicht auseinanderdividieren lassen. Dieser gesellschaftliche Konsens, nach dem wir unser konkretes Zusammenleben gestalten, wird umso wichtiger, je vielfältiger die Gesellschaft wird. Dabei ist allerdings auch klar, dass Leitkultur keine unverrückbare systemische Größe, sondern veränderlich ist.

epd: Werden die bayerischen Behörden nach dem 1. Juni insgesamt christlicher? Wird sich die Flüchtlingspolitik ändern? Und ist ein Kreuz im Eingangsbereich einer Einrichtung zur Abschiebung von Flüchtlingen überhaupt denkbar?

Blume: Bei der Diskussion, wie christlich eine Politik ist, schwingt doch immer die Behauptung mit, es gebe unter christlichen Vorzeichen nur eine einzige ethisch-moralisch vertretbare Haltung. In der Flüchtlingspolitik zum Beispiel dürfte unter dieser Annahme dann nur eine unbegrenzte Willkommenskultur ausbuchstabiert werden. Wer dagegen auch die Grenzen der Integrationsfähigkeit oder die Bedingungen für Integration ins Spiel bringt, würde ins Abseits gestellt. Diese Position greift jedoch erkennbar zu kurz. Denn es geht hier um weltliche Fragen, bei denen es - auch aus christlicher Sicht - mehrere vertretbare Positionen geben kann. Anstatt eines "Entweder-Oder" brauchen wir ein "Sowohl als Auch".

epd: Wie sehen Sie das persönlich?

Blume: Flüchtlingspolitik aus christlicher Verantwortung heraus ist für mich genau der Dreiklang der CSU aus Humanität, Begrenzung und Integration. Bei Humanität und Integration macht dem Freistaat Bayern übrigens keiner etwas vor: Wir haben im aktuellen und im letzten Doppelhaushalt dafür jeweils 4,5 Milliarden Euro aufgewendet. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass es nicht zu Überlastungen kommt, die einheimische Bevölkerung nicht hintanstellen muss und so Akzeptanzprobleme vermieden werden.

epd: Neben der Moderation der Debatte um das Kreuz gehört auch der Landtagswahlkampf zu Ihren Aufgabenbereich. Sehen Sie dabei als Hauptgegner die AfD?

Blume: Die CSU muss das Ziel haben, als Volkspartei das bürgerliche Lager zusammenzuführen. Wir dürfen uns nicht mit einer Situation abfinden, in der sich die Gesellschaft und die politische Landschaft in immer mehr Gruppierungen aufsplintern.

epd: Worauf führen Sie es zurück, dass die AfD in einzelnen Regionen Bayerns, wie beispielsweise in Deggendorf, ganz besonders stark ist?

Blume: Die Bundestagswahl hat insgesamt gezeigt, dass die Union vor allem in Landstrichen verloren hat, die als ausgeprägt konservativ gelten. Viele Menschen dort hatten offensichtlich das Gefühl, dass die Politik an ihnen und ihren Bedürfnissen vorbeiging, dass Politik für alles und jeden gemacht wurde, aber nicht mehr für sie. Wir haben verstanden - das heißt für uns, die Interessen der übergroßen Mehrheit, der ganz "normalen" Menschen wieder in den Mittelpunkt zu rücken und vor allem deren Sicherheitsbedürfnis sehr ernst zu nehmen. Die Menschen brauchen wieder das Gefühl, dass die Politik nicht nur redet, sondern die Dinge auch anpackt und ändert. Das ist unser Anspruch und Auftrag: Die CSU macht das.

(00/1548/08.05.2018)

epd lbm as bbi

Kretschmann: Kreuz-Pflicht Ausdruck eines hilflosen Konservatismus

CSU-Generalsekretär Blume: Kreuz ist eine verbindende Klammer

München/Ludwigshafen (epd). Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sieht in der Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden den Ausdruck eines "hilfslosen, ja eines heillosen Konservatismus". Bei dem "skurrilen" Foto des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) mit einem Kreuzifix in der Hand vor einer weißen

Wand "musste ich an Vampir-Filme denken", sagte Kretschmann der "Süddeutschen Zeitung" (Dienstag). Auch Vertreter der beiden großen Kirchen äußerten sich kritisch. Unionspolitiker verteidigten hingegen die Kreuz-Pflicht.

Kretschmann sagte, das Foto Söders sei ihm vorgekommen, "als wolle da jemand mit dem fast drohend erhobenen Kreuzifix irgendeine Gefahr abwehren." Für den gläubigen Katholiken Kretschmann sind Kreuze "Symbole des Glaubens". Er bedauere, dass dieser "langsam verdunstet. Aber ich kann ihn nicht von Staats wegen erzwingen", sagte der Ministerpräsident.

Auch der pfälzische evangelische Kirchenpräsident Christian Schad und der katholische Mainzer Bischof Peter Kohlgraf kritisierten die Kreuz-Pflicht bei einem Ökumenegespräch in Ludwigshafen. Eine "Instrumentalisierung des Kreuzes für politische Zwecke" sei abzulehnen, besonders, wenn es zur Ab- und Ausgrenzung anderer Religionen eingesetzt werde. Um Werte sichtbar zu machen, bedürfe es weniger der Präsenz von Symbolen als des Einsatzes von Menschen, die die Werte lebten, sagte Kohlgraf. Schad erinnerte daran, dass das Kreuz das zentrale Zeichen des christlichen Glaubens sei.

Unterdessen verteidigten Unionspolitiker die Kreuzpflicht gegen Kritik. CSU-Generalsekretär Markus Blume hält es für "völlig abwegig", den bayerischen Beschluss zur Kreuz-Pflicht in Behörden als spaltend zu kritisieren. "Mich hat geradezu erschüttert, dass in dieser Debatte das Kreuz als Zeichen der Ausgrenzung oder als Symbol der nationalen Vereinnahmung gewertet wurde", sagte Blume dem Evangelischen Pressedienst (epd) in München.

Werte wie Toleranz und Nächstenliebe würden in einem christlich geprägten Land durch das Kreuz als verbindende Klammer des gemeinsamen Zusammenlebens verkörpert. Ein Staat brauche solche ethisch-moralische Bindungen, er könne kein Interesse daran haben, "dass verbindende Werte zur Privatsache erklärt werden", unterstrich der CSU-Generalsekretär.

Auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) würdigte den bayerischen Beschluss zur Kreuz-Pflicht in Behörden. "Ich finde es gut, wenn zur Abwechslung mal Kreuze auf- statt abgehängt werden", sagte Spahn der "Zeit"-Beilage "Christ und Welt" (Mittwoch). Die Botschaft, für die das Kreuz stehe, sei eine Einladung an die Menschen. Spahn: "Selbst wenn ich Atheist wäre oder andersgläubig, fände ich es beruhigend, in einer Amtsstube auf ein Selbstverständnis zu treffen, das allen Menschen die gleiche Würde zuspricht." Er finde es "irritierend, wenn hohe Kirchenvertreter plötzlich Anstoß nehmen am Kreuz", fügte der Minister hinzu.

Im Eingangsbereich aller bayerischen Dienstgebäude soll ab 1. Juni ein Kreuz hängen. Ministerpräsident Söder sagte Ende April zu dem Beschluss des Landeskabinetts: "Das Kreuz ist grundlegendes Symbol unserer bayerischen Identität und Lebensart." Der CSU-Politiker brachte im Anschluss in der Staatskanzlei in München ein Kreuz an.

(1561/08.05.2018)
epd lbm/lmw/bas cr

Zusammenstellung:
Christian Düfel
Presse- Öffentlichkeitsarbeit
Dekanat Erlangen